Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5468**

17. Wahlperiode 12. 04. 2011

Dringliche Fragen

für die Fragestunde der 104. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 13. April 2011

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

In welchem Umfang entgehen dem Bundeshaushalt Gelder durch den Zahlungsstopp der vier Atomkraftwerksbetreiber an den Fonds für erneuerbare Energien, und was wird die Bundesregierung tun, um der gesetzlichen Zahlungspflicht voll Geltung zu verschaffen?

2. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wirkt sich der Zahlungsstopp der Atomkraftwerksbetreiber auf die Leistungsfähigkeit des Energie- und Klimafonds aus, und mit Einbußen in welcher Höhe rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2011 (u. a. Süddeutsche Zeitung vom 11. April 2011)?

3. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Stimmen Meldungen des Wirtschaftsmagazins des Bayerischen Rundfunks „Geld & Leben“ vom 11. April 2011, wonach der Bund Riester-Zulagen ohne Vorwarnung bei mehr als 1,5 Millionen Vorsorgesparern und Vorsorgesparerinnen in Höhe von insgesamt 0,5 Mrd. Euro zurückgeholt hat, und wie teilt sich die Anzahl der Rückforderungen auf die drei möglichen Gründe – vorzeitig gekündigte Verträge, falsche Angaben sowie veränderte Lebensumstände – auf?

Geschäftsbereich des Auswärtiges Amts

4. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)

Welche vorherige Kenntnis hatte die Bundesregierung genau von der Reise des ehemaligen Staatsministers und Geheimdienstkoordinators Bernd Schmidbauer letzte Woche nach Libyen, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus den Ergebnissen seiner Gespräche ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

5. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung die anlässlich des in dieser Woche stattfindenden EU-Justiz- und Innenministerrates vorgetragene Bitte des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), António Guterres, unterstützen, einen Teil der vom UNHCR als Flüchtlinge anerkannten 8 000 palästinensischen, irakischen, sudanesischen, äthiopischen, somalischen und eritreischen Flüchtlinge, die sich noch in Libyen befinden, in Deutschland aufzunehmen?

6. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der erfolgten Aufnahme von 100 anerkannten Flüchtlingen aus Malta (siehe Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 8. April 2011) die weitere Übernahme von in Malta ankommenden Flüchtlingen, und ist sie dazu bereit, die Rückschiebungen von Asylsuchenden nach Malta im Rahmen des Dublin-II-Verfahrens auszusetzen?

Berlin, den 12. April 2011

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333